



## Antrag

der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Piraten und der Abgeordneten des SSW

### **Kein Flickenteppich in Deutschland beim Gentechnik- Opt-out!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der bevorstehenden Novelle des Gentechnikgesetz des Bundes zur Umsetzung der in der EU vereinbarten „Ausstiegsklausel“ (Opt-out) im Rahmen der Zulassung des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) für Regelungen einzusetzen, die bundesweite, rechtssichere Verbote für den Anbau von GMO ermöglichen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich insbesondere dafür einzusetzen, dass bundesweite Anbauverbote für alle in der EU zugelassenen GMO durch den Bund erlassen und im Falle von Neuzulassungen um diese GMO erweitert werden.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung und in der EU dafür einzusetzen, dass die Zulassungsverfahren auf EU-Ebene überprüft und so geregelt werden, dass eine verschärfte, umfassende und unabhängige Risikobewertung auf Basis unabhängiger Risikostudien gewährleistet wird.

#### **Begründung:**

Bundesweite, rechtssichere Anbauverbote sind entscheidende Voraussetzung dafür, dass wir in Schleswig-Holstein auch langfristig Gentechnikfreiheit auf dem Acker sichern. Eine unterschiedliche Handhabung in den Bundesländern erhöht die Gefahr der Einschleppung und unkontrollierten Verbreitung von GMO. Einen Flickenteppich in dieser für den Verbraucherschutz hoch brisanten Frage darf es in Deutschland nicht geben! Die Bundesregierung sollte daher mit allen Bundesländern gemeinsam alle Möglichkeiten der EU-Regelung voll ausschöpfen, Gentechnik von unseren Äckern und aus der Umwelt fernzuhalten.

Der vorliegende Gesetzentwurf des Bundeslandwirtschaftsministers erfüllt diese Anforderung in keiner Weise. Vielmehr versucht der Bund damit, die Verantwortung und das Risiko möglicher Klagen der Gentechnikkonzerne auf die Bundesländer abzuschieben. Die Umsetzung des Gesetz-entwurfes würde sogar eine erhebliche Verschlechterung des Status quo bedeuten, denn damit würde ein Einfallstor für den Gentechnik-Anbau in Deutschland geschaffen. Dies ginge zu Lasten der gentechnikfrei wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern, zu Lasten der Unternehmen, die Gentechnikfreiheit entlang der Lebensmittelkette sicherstellen wollen und zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher, die die Agro-Gentechnik mit großer Mehrheit ablehnen.

Dr. Kai Dolgner  
und Fraktion

Bernd Voß  
und Fraktion

Angelika Beer  
und Fraktion

Flemming Meyer  
und die Abgeordneten des SSW